

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Mo: alllich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Erich Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Wiesenstraße 10
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsverzeichnisse

Volksgemeinschaft

Zu den beliebtesten Schlagworten, die der Arbeiterchaft bei ihrem Streben nach Verbesserung ihrer Lage entgegengehalten werden, gehört das Wort, daß die Belange der „Gesamtheit“ denen der einzelnen Teile vorgehen müssen: Schließlich und letztlich bilden wir doch alle „eine große Volksgemeinschaft“, und wenn deren Wohl auf dem Spiele steht, dann müssen sich die einzelnen Klassen scheiden und müssen Opfer bringen, damit „das große Ganze“ nicht gefährdet werde.

Es ist immer gut, wenn man von Zeit zu Zeit solche schön klingenden, idealen Ausprüche an der Hand der nächsten Tatsachen auf ihren wahren Wert prüfen kann. Eine solche Möglichkeit liegt wieder einmal vor. In den Kölner Sozialwissenschaftlichen Vierteljahrsheften hat Herr Dr. Schomerus von den Heiß-Werten in Jena über die sozialen Klümpfe des Tages geschrieben, hat ausgeführt, daß in Amerika die Lebenshaltung des Arbeiters sich in den letzten zehn Jahren um mehr als 25 vH verbessert habe, während sie in Deutschland in derselben Zeit um mehr als 25 vH verschlechtert sei; und dann bezeichnete er als die eigentliche Schwierigkeit unserer heutigen Lage:

Bestand und Sicherheit von Währung und Wirtschaft in Deutschland verlangt gebieterisch eine Ruhepause in der Sozialentwicklung, die Erhaltung der Arbeitskraft des Arbeiters und seiner Familie erfordert ebenso nachdrücklich eine Erhöhung des Währungsspielraums.“

Hier haben wir einmal in eine engste Formel zusammengepreßt, was es mit dem Gerede von den Belangen der „Gesamtheit“ auf sich hat. Der Verfasser obiger Zeilen erkennt an, daß der deutsche Arbeiter bei den jetzigen Löhnen nicht bestehen kann. Ja, er scheint sogar einzusehen — wenigstens kann man das zwischen den Zeilen herauslesen —, daß die Gesamtheit Schaden nimmt, wenn dem Arbeiter nicht geholfen wird. Denn wenn seine Arbeitskraft sich mindert oder gar ganz aufhört, dann ist überhaupt keine Produktion und Wirtschaft mehr möglich und alle müssen zugrunde gehen.

Man sollte meinen, wer einmal in der Erkenntnis soweit vorgeschritten ist, der müßte klipp und klar fordern, daß die Löhne der Arbeiterchaft mindestens so hoch gesteigert werden, wie es zur Erhaltung und Vermehrung ihrer Arbeitskraft erforderlich ist. Wenn er das tut, hat er immer noch den Arbeiter nur als Produktionskraft, nicht als Menschen gewertet, ist also noch weit von sozialistischer Anschauung entfernt. Wer trotzdem und alledem wagt er eine solche aus seiner eigenen Erkenntnis sich ergebende Forderung nicht aufzustellen. Denn sofort kommt ihm der Gedanke in die Quere: Steigerung der Löhne erhöht die Preise, entwertet das Geld, erschütterte die Währung und bedroht dadurch die Wirtschaft in ihren Wurzeln. Folglich müssen die Arbeiter ihre „Sonderinteressen“ dem „Allgemeinwohl“ unterordnen.

Jeder Denkende wird wohl einsehen: Selbst wenn dieser Gedankengang richtig wäre, würde er die völlige Unhaltbarkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung beweisen. Er läßt ja nur die Wahl zwischen zwei Wegen, die beide zum Untergang führen: Entweder die Löhne werden genügend erhöht, dann geht die Währung zum Teufel und mit ihr die Wirtschaft — oder sie werden nicht erhöht, dann geht über kurz oder lang die Arbeitskraft vor die Hunde, was die Wirtschaft ebenfalls ruinieren muß.

Indessen, es steht mehr dahinter, mehr als wahrscheinlich der Verfasser jenes Aufsatzes selbst weiß.

Wir Sozialisten wissen ja längst, daß eine Lohnerhöhung — oder sagen wir allgemein: eine Verbesserung der Lage des Arbeiters nicht an und für sich zur Preissteigerung und dadurch zur Gefährdung der Währung führen muß, sondern nur deshalb, weil die Interessen des Kapitals es verlangen. „Die Wirtschaft“ braucht keineswegs zugrunde zu gehen, wenn die Lebenshaltung der Arbeiter so weit gebessert wird, daß sie erstens ihre Arbeitskraft sichern und heben und zweitens sich als Menschen und nicht nur als Produktionsmittel fühlen können. Was dem im Wege steht, ist keineswegs die Erhaltung der Wirtschaft, sondern nur die Erhaltung des Kapitalismus. Der kann es allerdings nicht vertragen, der lebt in jetziger Zeit vielmehr nur noch von der fortgesetzten Verkleinerung des Anteils der Arbeiterklasse an Ertrage der Produktion.

Die Belange des „Kapitalismus“ sind aber in Wirklichkeit ebenfalls nur die Belange einer Anzahl von Menschen, nämlich an jener, die der kapitalistischen Wirtschaftsweise eine bevorzugte Lebenshaltung verdanken. Das läßt sich jeden Tag aufs neue beweisen. Daß die Werkmeisterzeitung vor kurzem mitgeteilt, daß — laut Statistik des Verfeinerungsverbandes — Ende 1924 in 260 der bedeutendsten deutschen Aktiengesellschaften 62 vH mehr Direktoren vorhanden waren als Ende 1913, während die Zahl der Arbeiter nur um 1,33 vH zugenommen hat! Hier ein paar Einzelheiten darüber aus Rheinland-Westfalen, wo in diesem Jahr so gewaltige Arbeitermassen brotlos wurden: Die Gutehoffnungshütte hatte vor dem Kriege 9000 Arbeiter und 4 Direktoren, jetzt hat sie 8300 Arbeiter und 10 Direktoren; die Maschinenfabrik Thyssen vor dem Kriege 8800 Arbeiter und 3 Direktoren, jetzt 3600 Arbeiter und 7 Direktoren; die Dortmunder Union damals 6400 Arbeiter, 6 Direktoren und 21 leitende Beamte, jetzt 10000 Arbeiter, 19 Direktoren und 67 leitende Beamte; die Firma Krupp 80000 Arbeiter, 10 Direktoren und 190 leitende Beamte, jetzt dagegen 28000 Arbeiter, 37 Direktoren und 750 leitende Beamte.

Hierauf mag man vielleicht erwidern, das beweise nur die zunehmende Wichtigkeit der „geistigen“ Arbeit. Wir wollen im Augenblick darum nicht streiten, obwohl nicht recht einzusehen ist, wieviel mehr „geistige“ Arbeit dazu gehört, wenn zum Beispiel bei Krupp heute ein Direktor 757 Arbeiter zu „dirigieren“ hat, indes vor dem Kriege ein Direktor das mit 3000 Arbeitern fertigbrachte. Immerhin sind das noch Leute, die im Betriebe arbeiten (was allerdings für sämtliche Direktoren wohl nicht zutreffen wird). Was aber sagt man zu folgender Zusammenstellung, die ich der gewiß unverdächtigen Berliner Morgenpost entnehme? Im Handbuch der Direktoren und Aufsichtsräte findet man für die größten Gesellschaften heute 60 bis 70 vH mehr Namen als vor dem Kriege, während das untere Personal fleißig abgebaut wird. Eine medienburgische Hypothekbank hat noch ganze 6 Angestellte, dafür aber 8 Direktoren und 14 Aufsichtsräte. „In den großen Bankinstituten sitzen die Aufsichtsräte gleich zu Duzenden.“ Bekanntlich bekommen es diese Herren — die zu den eigentlichen Nutznießern des Kapitalismus gehören — fertig, gleichzeitig eine ganze Reihe von Aufsichtsratsstellen zu bekleiden, die ihnen fette Einnahmen bei wenig Arbeit sichern. Am weitesten hat es in diesem Jahr ein Berliner Großbankdirektor gebracht, der nicht weniger als 93 Aufsichtsratsposten innehat!

Merkwürdig bleibt es, daß selbst Leute mit verhältnismäßig geringem Vorurteil, wie der eingangs erwähnte Dr. Schomerus, bei ihren Betrachtungen über die schlimmen Folgen hoher Löhne immer nur an die Einkünfte der Arbeiter denken, aber niemals an die der Aufsichtsräte und sonstiger kapitalistischer Schmarotzer. Das macht eben: Was durch Erhöhung der Arbeitslöhne gefährdet wird, ist nicht etwa die Wirtschaft, sondern nur das kapitalistische Wirtschaftssystem, das heißt mit anderen Worten die Dajensmöglichkeit derer, die ohne oder mit verschwindend wenig Arbeit riesige Anteile vom Gesamtarbeitsertrage schlucken.

Es zeigt sich klar, worauf das Gerede von der „Volksgemeinschaft“, der sich die „Sonderinteressen“ unterordnen müssen, hinausläuft: Die Arbeiter sollen auf ihre dringendsten Lebensnotwendigkeiten verzichten, damit das kapitalistische System nicht bedroht wird, das heißt damit die Aufsichtsräte und die übrigen Parasiten in dem Genuß ihrer bevorzugten Stellung nicht gestört werden.

Ein Menetekel

Immer noch rechnet Deutschland zu den großen Welthandelsmächten. Der schlimme Ausgang des Krieges hat ihm die Kolonien genommen und auch sonst den deutschen Handel von den Kolonialländern in starkem Maße abgedrängt. Auch im übrigen Weltmarkt ist Deutschlands Stellung schlechter geworden, als sie vor dem Kriege war. Seine Ausfuhr ist, dem Werte nach, von der dritten an die vierte Stelle gerückt; sie ist heute kleiner als die französische Ausfuhr. Aber darum ist sie immer noch dreimal so groß wie die des nächstfolgenden Staats, Holland. Freilich ist sie insgesamt viel kleiner als 1913. Aber sie ist doch auch schon wieder gewachsen, von 1924 auf 1925 sogar in nicht unerheblichem Maße. Zu Vorkriegswerten gerechnet, betrug die deutsche Ausfuhr in den 8 Monaten Januar bis August 1924 nicht ganz 3,2 Milliarden Mark, 1925 aber 4,2 Milliarden Mark. Allerdings, die Einfuhr ist noch stärker gewachsen, von 4,1 auf 6,8 Milliarden Mark (Vorkriegspreise) in jenen 8 Monaten, so daß die sogenannte „Passivität“ der Handelsbilanz mächtig gestiegen ist, von 0,9 auf 2,6 Milliarden Mark (zu Gegenwartspreisen gerechnet, noch mehr). Indessen ist es ganz abwegig, deswegen den Kopf hängen zu lassen. Denn abgesehen von der Frage, ob einer „passiven“ Handelsbilanz überhaupt jene verhängnisvolle Bedeutung zukommt, die die Bourgeoisie ihr nachsagt, so liegt doch auf der Hand, daß in diesem Jahre der starke Einfuhrüberschuß mit den ausländischen Anleihen und in den letzten Monaten überdies noch mit dem drohenden Zolltarif zusammenhängt: man führte soviel wie möglich ein, um es noch so allfrei hereinzutragen.

Also die in dieser Hinsicht oft geduldeten Befürchtungen sind zum mindesten stark übertrieben. Statt dessen mag auf deutschen Außenhandel ein anderer, viel gefährlicherer Sturm, der, wie es scheint, allgemein übersehen wird.

Deutschland war und ist auch heute noch ein großkapitalistischer Industriestaat. Damit ist keine Bedeutung für den Weltmarkt, wie auch umgekehrt die Bedeutung des Weltmarktes für Deutschland gegeben: Einfluß von Rohstoffen und Halbfabrikaten aus den anderen Ländern, Verkauf von hochwertigen Fertigfabrikaten nach ihnen. Das ist der tatsächliche Sinn und Zweck des deutschen Außenhandels, soweit es in der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt einen sachlichen Sinn und Zweck gibt. Jedenfalls steht fest, daß durch diese Art des Warenverkehrs unter den Ländern eine große Menge hochqualifizierter Industriearbeiter in Deutschland ihr Brot gefunden haben.

Nun wurde hier schon vor einiger Zeit (in Nr. 38 vom 19. Sept.) darauf aufmerksam gemacht, daß heute sich unter der deutschen Einfuhr viel mehr Fertigfabrikate befinden als vor dem Kriege. Wenn man wollte, konnte man das immer noch so deuten, daß Deutschlands eigene Produktion noch nicht ganz auf der alten Höhe ist, so daß es manche Fertigwaren einführen muß, die es früher selbst fabrizierte. Aber der Vergleich längerer Zahlenreihen läßt die Sache doch weit bedenklicher erscheinen.

Um den Leser nicht durch allzuviel Zahlen zu ermüden, begnüge ich mich mit den folgenden Angaben. Nach Gegenwartspreisen berechnet, wurden im monatlichen Durchschnitt:

	Sept./Nov. 1924	Jan./Aug. 1925
Rohstoffe und Halbfabrikate	eingeführt 889	ausgeführt 524 Mill. Mark
Fertigwaren	ausgeführt 473	550

Demnach ist in diesen 12 Monaten die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten um 42 vH, die Ausfuhr von Fertigfabrikaten aber nur um 16 vH gewachsen.

Jedoch, auch dies mag man noch mit den besonderen Verhältnissen gerade dieses Jahres entschuldigen. Vielleicht sind die fremden Anleihen vielfach in Gestalt vorläufig unbezahlter Rohstoffe ins Land gekommen. Aber daß sogar noch am Ende der 12 Monate, nachdem die großen Auslandsanleihen längst erledigt sind, die deutsche Fabrikatenausfuhr immer noch nur erst gerade so viel einbringt, wie die eingeführten Rohstoffe kosten, ist schon sehr bedenklich. Deutschland führt doch die Rohstoffe ein — oder sollte es — zu dem Zweck, mindestens einen erheblichen Teil von ihnen durch qualifizierte Arbeit zu verarbeiten und sie dann als hochwertige Ware wieder auszuführen. Dann muß aber der Wert der ausgeführten Fabrikate größer, weit größer sein als der Wert der eingeführten Rohstoffe.

Wer sich durchaus trösten will, mag jetzt zu der übertriebenen Einfuhr von Kraftstoffen der Böhle seine Zuflucht nehmen. Aber es hilft nichts, denn es kommt noch etwas anderes hinzu. Die 473 Millionen Mark, die Deutschland durchschnittlich in den ersten 3 Monaten des Jahres (1. September 1924 bis 31. August 1925) bekam, waren der Gegenwert von 3,9 Millionen Doppelzentner. Mühsam kostete damals der Doppelzentner der deutschen Fabrikatenausfuhr durchschnittlich 121,30 M. Aber in den letzten 3 Monaten desselben Zeitraums gab es die 550 Millionen Mark für 4,8 Millionen Doppelzentner. Der Doppelzentner erbrachte jetzt nur noch 114,60 M. Mit anderen Worten: die Fabrikate, die Deutschland ausführt, sind in den letzten 12 Monaten nicht unerheblich billiger geworden! Was Deutschland dem Auslande verkauft, ist nicht mehr die hochwertige Qualitätsware wie früher. Natürlich darf man aus den Ergebnissen eines einzelnen Jahres noch keine zu weitgehenden Schlüsse ziehen. Aber ein Menetekel ist es, ein Vorgang, der auf innere Wandlungen nicht nur des deutschen Außenhandels, sondern der ganzen deutschen Produktion hindeutet, die zweifellos wichtiger sein dürfen als die „passive“ Handelsbilanz.

Preisabbau — wo bleibst du?

Seit dem 8. August, wo der derzeitige Reichsminister im Reichstag das Versprechen der Regierung abgab, ab 1. Oktober die Preise zu senken, wird die Aussprache über den Preisabbau nicht mehr verstummen. Am 4. November waren Vertreter des Handwerks und des Kleinhandels aus der Lebensmittelbranche beim Reichsminister, wo im Wesen einiger Minister eine Aussprache über die Preisfestsetzung stattfand. Die amtliche Verlautbarung von dieser Besprechung erschöpft sich in folgendem Satz: „Angesichts einiger Beschwerden, die die Gewerbetreibenden über die praktische Durchführung der Preisregulierung vorzubringen hatten, bestand völliges Einverständnis darüber, daß die Preisregulierung mit größtem Nachdruck gegenüber allen Wirtschaftsgruppen durchzuführen sei.“ Wir wollen uns hierüber eines Urteils enthalten, gestatten und jedoch, ein großes Fragezeichen hinter diese bestimmt ausgesprochene Erklärung zu setzen. Sehr reich ist das, was man von den Regierungen der Einzelstaaten für die Preisfestsetzung vernimmt. Namentlich ist es ergötzlich zu sehen, wie sich ausgeprochene Rechtsregierungen an der Sache vorbeizurücken versuchen. Die württembergische Regierung zum Beispiel hat von Anfang an die Sache auf die Gemeinden abzuwälzen versucht. In einem ihrer neuerlichen Erlasse heißt es u. a.:

„Warum sollten die Verbraucher nicht auch einmal auf diese oder jene Waren eine Zeitlang verzichten können, bis der Verkäufer merkt, daß er bei billigeren Preisen und größerem Umsatz immer noch besser fährt? Man überlasse es dem Verkäufer, sich mit seinem Lieferanten auseinanderzusetzen. Es ist ihm klarzumachen, daß ohne eine Senkung der Preise der Umsatz sinkt.“

Man glaubt also in der württembergischen Regierung, der Sache genügend gebüht zu haben, wenn man die Käufer und die Verkäufer gegeneinander aufhebt und im übrigen der Meinung ist, daß die Verbraucher ruhig solange auf eine Ware verzichten sollen, bis der Verkäufer merkt, daß er bei billigeren Preisen und größerem Umsatz immer noch besser fährt.“ Das nennt die Welt Preisabbau von Staats wegen.

Das Ministerium von Mecklenburg-Strelitz muß ebenfalls in einem Aufruf zugefassen, daß die Preisfestsetzung ins Wasser gefallen ist. In dem Aufruf liest man u. a.:

„Das Ministerium hat zu seinem Bedauern feststellen müssen, daß die Bestrebungen der Reichsregierung, die Preise, vor allem aber solche für Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs, auf ein erträgliches Maß zurückzuführen, von den Handels- und Gewerbetreibenden in Mecklenburg-Strelitz gar nicht bezw. ungenügend unterstützt wurden.“

Was führen sich die Gewerbetreibenden in Mecklenburg-Strelitz und anderswo um die Anmachungen der Reichsregierung? Man läßt diese sich mit ihrer Preisfestsetzung ruhig blamieren. Weig man auf der anderen Seite doch ganz genau, daß man vor härteren Zugriffen verschont bleibt. Bei den Marktarbeiten haben sich die Einzelhändler sehr kräftig gegen den Preisabbau gewehrt, wenn dabei auch die Absatzkäufe ermöglicht wurden.

Am schärfsten prägen sich diese Dinge“, so lesen wir hierüber im B. Z., in der Zigarettenindustrie aus. Hier ist es dem Zusammenarbeiten von Regierung und Großbetrieben gelungen, trotz der neuen Steuerbelastung die alten Marken und ihre Preise zu halten. Dabei ging man von der Erwägung aus, daß es gerade für diese Industrie, die infolge ihrer Überbefugung ganz besondere Schwierigkeiten zu überwinden hat, wesentlich ist, daß der Umsatz möglichst groß erhalten wird, und daß dazu niedrige Preise eine Vorbedingung bilden. Der Handel wehrt sich nun aber vielfach gegen diese Politik mit äußerster Energie. In den Fachzeitschriften und noch größer in den Resolutionen der Fachorganisationen wird mit größter Schroffheit gefordert Fort mit den billigen Marken, höhere Preise und die alten Absatzkäufe. Verschiedentlich wird sehr energisch mit dem Vorkauf der Fabriken gedroht, die den Wünschen der Regierung gefolgt sind. Ähnliche Vorgänge spielen sich auch in der Seifenindustrie und im Seisenhandel und auch noch in anderen Industriezweigen ab.“

So demt der Kleinhandel in den Branchen der Marktarbeiten über den Preisabbau. Man darf sich nicht wundern, denn es geschieht ihnen doch nichts. Es gibt auch noch andere Kreise, die über den Erfolg des Preisfestsetzungsversuches der Regierung sehr trübe urteilen. So äußert die Dresdner Bank in ihrem Monatsbericht vom 1. November: „Noch sind die einer durchgreifenden Aufwärtsbewegung der deutschen Wirtschaftsentwicklung entgegenstehenden Erscheinungen nicht beseitigt und die für die Beurteilung der allgemeinen Konjunktur maßgebenden Zahlenbeständen den von Widersprüchen nicht freien Übergangscharakter der jetzigen Periode. So weiß zwar der letzte Großhandelsindex des Statistischen Reichsamts eine Senkung um 2 vH gegenüber dem Preisstand vor 14 Tagen auf. Irgegendwelche Folgerungen bezüglich des Erfolges der Preisregulierung der Regierung können

daraus jedoch nicht gezogen werden; der Rückgang des Index ist lediglich auf die Senkung der Preise für landwirtschaftliche Artikel zurückzuführen, während der Index für die Industriewaren von 132,8 auf 133,8 gestiegen ist. Bei den Konsumwaren ist von einem Preisrückgang sehr wenig zu merken. Die Dresdener Wank dürfte so ziemlich das Richtige getroffen haben; von einem Rückgang der Preise ist tatsächlich nichts zu merken.

Trotzdem redet man noch immer vom Preisabbau. Der Versuch wird zu einem großen Scheitern werden. Das ist heute schon mit Sicherheit vorauszusagen. Doch die Arbeiter, Angestellten und Beamten haben es von sich aus in der Hand, zu dem Preisabbau beizutragen. Dies geschieht am wirksamsten durch den Massenbeitrag in die Konsumvereine. Das Statistische Landesamt in Hamburg hat festgestellt, daß der dortige Konsumverein Produktion, einer der mühseligsten in seiner Art, durchweg 6 vH unter dem allgemeinen Preisstand geblieben ist. Der Nutzen der Konsumgenossenschaftlichen Organisation dürfte also klar ersichtlich sein. Je massenhafter die arbeitende Bevölkerung diesen Organisationen beiträgt, je mehr sind sie in der Lage, verbilligend zu wirken.

In der Nr. 46 der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau lesen wir folgendes:

Bei Gelegenheit der Besprechung des Preisabbaues bei dem Herrn Reichsminister wurde uns die Mitteilung, daß durch Feststellung des Reichswirtschaftsministeriums erwiesen sei, daß die Konsumvereine im Durchschnitt 6 vH billiger als der Privathandel seien. Wir konnten seinerzeit schon mitteilen, daß bei der „Produktion“ in Hamburg dieser Betrag im Juli und August auf Grund der Feststellungen des Statistischen Landesamts rund 6 vH gewesen sei. Die Feststellungen des Statistischen Landesamts in Hamburg im September haben ergeben, daß ein bestimmtes Quantum Waren, wobei auch die Preise der „Produktion“ mit berücksichtigt wurden, 112,38 M kostet, nach den Feststellungen der „Produktion“ kostet dieses Quantum Waren bei ihr nur 105,13, also 7,25 M weniger als der Durchschnitt. Da bei dem Durchschnitt die billigeren Waren der „Produktion“ mit einhalten, so ist durch diese Feststellung erwiesen, daß die „Produktion“ in Hamburg im September d. J. 7 vH billiger als der private Handel gewesen ist. Rechnet man hinzu, daß die „Produktion“ für 1924 einen Rabatt von 4 vH auf die Wareneinkäufe gewährt hat, der voraussichtlich auch im Jahre 1925 zur Auszahlung gelangen dürfte, so ist dadurch weiter erwiesen, daß in Hamburg die „Produktion“ um 11 vH billiger als der private Handel gewesen ist. Ein Resultat, mit dem sich die Reichsregierung beim Preisabbau zufrieden geben kann und muß. Wir müssen feststellen, daß durch diese Beweisaufnahme des Reichswirtschaftsministeriums wegen der Preise des Handels sowie durch die Feststellung des Statistischen Landesamts in Hamburg hergestellt ist, daß die Konsumvereine sich in den Dienst des Preisabbaues gestellt haben, soweit es ihnen möglich ist.

Demnach erhalten die Mitglieder der Hamburger Produktion ihre Waren um mehr als ein Zehntel billiger als die Kunden des Privathandels. Dieses erfreuliche Ergebnis läßt sich sicherlich noch weiter dadurch steigern, daß noch viel mehr Arbeiterfamilien ihren ganzen Bedarf im Konsumverein decken und an dessen Ausbreitung und Verbesserung tätig mitwirken.

Ford und Fiat

Die Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung bringt die folgende, dem Observer entnommene Mitteilung, deren Bestätigung allerdings abzuwarten ist:

Die größte Interessengemeinschaft in der Automobilfabrikation ist dieser Tage zwischen Ford und Fiat (den großen Autowerken in Turin) abgeschlossen worden. Fiat übernimmt die Fordwerke in Liff, Kopenhagen und Kiga und überläßt Ford dafür die Fiatwerke in Nord- und Südamerika. Diese Zusammenlegung ist wahrscheinlich ein erstes Ergebnis des neuen Fiat 500, des vierzylinder Kleinwagens, der auf der Olympia-Ausstellung in London so außerordentliches Aufsehen erregt hat. Mehr als drei Jahre haben die Turiner Ingenieure an diesem europäischen Kleinwagen gearbeitet. Was jetzt endgültig herausgebracht wurde, ist der dritte Entwurf. Während bisher die Amerikaner gerne behaupteten, die Europäer verstanden überhaupt nicht, einen raffinen und elastischen Motor zu bauen und Amerika hätte von Europa nichts zu lernen, zeigt es sich jetzt auf einmal, daß die Praktiker der Automobilfabrikation auch in Amerika auf einem hohen Niveau liegen, der nicht nur billig in der Anschaffung, wie der Ford, ist, sondern auch billig in der Unterhaltung und Betrieb. Mehrere führende amerikanische Automobilfabriken haben eine ganze Anzahl der führenden europäischen Kleinwagen, wie den englischen Morris und den französischen Citroën und Renault gekauft und haben sie monatelang in ihren Laboratorien aufs genaueste untersucht.

Die amerikanischen Ingenieure haben bisher den Kleinwagen deshalb vernachlässigt, weil das Straßennetz in Amerika, die großen Automobilstrecken ausgenommen, außerordentlich schlecht ist und den Verkehr mit weniger soliden Kleinwagen gar nicht zuließ. Nun hat aber die amerikanische Regierung an die Automobilfabriken einen dringenden Appell gerichtet, sie sollten mit der Fabrikation von Kleinwagen beschäftigt werden und nicht warten, bis auch Amerika ein Straßennetz von der Dichte und der durchschnittlichen Güte Europas besäße; die Europäer setzen nun auf dem Punkt, mit der Produktion des kleinen Wagens ein großes einzuwickeln, und sie würden sehr anhaltend den amerikanischen Markt erobern. Nun hat Fiat einen neuen billigen Wagen herausgebracht; Ford — ein besserer Geschäftsmann als Politiker — hat die Sache erkannt, und jetzt, da schon die Gerüchte gehen, der amerikanische Markt sei mit Fordwagen gesättigt, hat er durch die Kombination mit Fiat mindestens einen europäischen Konkurrenzler geschaffen können.

Einbrüche von meiner Russlandreise

Kollege Gustav Schüler-Weitzmar hat einen schriftlichen Bericht über seine Erlebnisse und Einbrüche, die er als Mitglied der kommunistischen Arbeiterdelegation zum Studium Sowjetlands hat, abgefaßt, der hier im wesentlichen lautet:

Über Sowjetland sind immer die widersprechendsten Gerüchte verbreitet worden, so daß der Kampf, einmal die Wahrheit zu erfahren, von vielen Arbeitern gestellt wurde. Als die Arbeiter der Metallwerke in Leipzig eine Einladung zum Studium des russischen Arbeiterlandes an die deutschen Arbeiter schickten, griffen die Kommunisten das sofort mit Freuden auf und setzten eine Kommission zusammen, die aus 16 Personen bestand, von denen 10 der sozialdemokratischen und 6 der kommunistischen Partei angehörten. 12 waren männlich, 4 weiblich.

In Leipzig wurden wir mit ungeheurer Euphorie empfangen. Tausende Arbeiter kamen mit 3 Kuffen, um uns zu verabschieden. Wir waren so glücklich, daß wir nicht einmal die Internationale mitbringen konnten. Entsprechend wurden wir im Hotel Europa, das sehr gut in Leipzig.

Meine ersten Einbrüche von Leipzig waren nicht die besten. Die Straßen sind unübersichtlich. Angehlich kommt das noch von einer Unübersichtlichkeit. Das ist aber nicht zu klammern. Die Straßen werden von den Sowjetern umwickelt, die in ihrer Not das Holzwerk aufhängen und die Holzplanken verstreuen haben, um nicht erstickt zu werden. In diesen Zuständen lag Jaroslavl, Sibirien und Sibirien die Straße.

Mein erster Besuch galt den Metallwerken. Der beim Krieg beschäftigte hat 14000 Arbeiter, heute sind es wieder 2000, nachdem aber in der Zwischenzeit die Arbeiterzahl auf 2400 gestiegen war und der Betrieb fast ganz gestillt ist. In der Spitze steht ein roter Direktor, der selbstverständlich ein Kommunist sein muß. In der Revolution demagogisch überredeten Direktoren sind heute nicht wieder zurückgekehrt und stehen in Ansehen und Gehalt fest, denn die roten Direktoren. Die Betriebsräte haben

Sunkers — Aero-loyd

Die Verhandlungen, die beiden führenden deutschen Luftverkehrsunternehmen, Sunkers und Aero-loyd, zusammenzuschließen, stehen kurz vor dem Abschluß. Das Ergebnis wird eine Vereinigung sein, in der sich die vielerörterte Einheitsluftfahrt A.-G. verkörpert. Die neue Gesellschaft wird in welchem Maße staatliche Unterstützung genießen. So ist damit zu rechnen, daß das deutsche Verkehrsministerium ab 1. April 1926 der neuen Luftverkehrsgesellschaft sämtliche deutschen Luftverkehrslinien zum Besten überiragen will.

In Deutschland wird man die Einigung zwischen Sunkers und Aero-loyd nur begrüßen. Beide Gesellschaften standen nämlich seit langem zueinander in bitterstem Wettstreit. Die Schäden zeigten sich besonders dann, wenn die beiden Gesellschaften im Ausland aufeinanderstießen. So haben Sunkers und Aero-loyd unter anderem in Dänemark einen geradezu mörderischen Kampf geführt, der viel Opfer kostete und zuletzt damit endete, daß die beiden deutschen Firmen von einer französischen Firma verdrängt wurden.

Die neue Einheitsluftfahrt A.-G. wird im größten Maße vom Staate unterstützt werden, wie Sunkers und Aero-loyd bis jetzt stark Nutznießer von Staatshilfen waren. Die Fürsorge des Staates ist für die Entwicklung des ganzen deutschen Luftverkehrs von größter Bedeutung geworden. In der Gesellschaftsform kommt aber die Bedeutung der staatlichen Hilfe gar nicht zum Ausdruck. Man will bei der neuen Gesellschaft den privatwirtschaftlichen Charakter durchwegs wahren, um das neue Unternehmen ja nicht in den Verdacht der sogenannten Sozialisierung zu bringen. Deshalb man derartige finanzielle Bedenken trägt, ist nicht recht ersichtlich.

17 Syndikate liefern die Zubehörteile eines Fahrrades. Ein lehrreiches Beispiel dafür, daß die deutsche Wirtschaft mit Kartellen und Syndikaten allzureichlich gesättigt ist, liefert die Automobil- und Fahrradindustrie. Diese macht gegenwärtig eine hartnäckige Krise durch, obwohl Deutschland das ärmste Land an Motorfahrzeugen ist. Wenn auch das niedrige Einkommen der großen Masse in Deutschland letzten Endes für den Winderabgang von Motorfahrzeugen entscheidend ist, so liegt es doch auch an der Preisgestaltung. Der Preis deutscher Fahrzeuge wird durch den Rohstoffpreisen so stark beeinflusst, daß 70 vH des Verkaufspreises hieraus verbraucht werden müssen. Dieser Satz für Rohstoffe wird von keinem anderen Lande erreicht. Die Zubringerindustrie und nun in nicht weniger als 17 Kartellen und Syndikaten gespalten, die Zubehörteile liefern. Das ist ein Beispiel für viele, ein Grund mehr, gegen die Kartellwirtschaft von Staats wegen vorzugehen.

Zinswucher der Lebensversicherungsgesellschaften. Die Lebensversicherungsgesellschaften haben die Aufgabe, die bei ihnen eingezahlten Prämien zu verwalten und stellen somit eine große Kapitalmasse dar, die in der Zeit der großen Kapitalnot besonders schmerzhaft wiegt. Die Lebensversicherungsgesellschaften mißbrauchen aber vielfach die vorhandene Lage und nehmen ungeheure Kreditzinsen für die an die Industrie gegebenen Kredite. Das Berliner Tageblatt teilt eine Anzahl Fälle mit, wo Lebensversicherungsgesellschaften Prämienfelder zu 15, 18 vH, ja oft zu noch viel höheren Zinssätzen ausleihen haben. Die Lebensversicherung ist ein Geschäftszweig, der besonders geeignet ist, in ein staatliches Monopol umgewandelt zu werden. Das italienische Monopol, das von Mussolini um der Kapitalisten willen abgeschafft wurde, hat glänzend funktioniert und warf große Überschüsse an die Staatskasse ab. Angesichts des Zinswuchers der Lebensversicherungsgesellschaften wäre es an der Zeit, die Werbearbeit für die Volkfürsorge in verstärktem Maße zu betreiben.

Die überlegte Wirtschaft. Die Zahl der handelsgerichtlich eingetragenen Firmen in Berlin betrug:

	1913	Ende 1923	Ende 1924	30. 6. 1925
Zahl der Firmen	81623	89638	81728	62620
Zunahme vH	—	89	8,5	1,4

Witte 1925 gab es also in Berlin fast noch einmal soviel Firmen als im Jahre 1913. Die Konturte müssen ganz ungeheuer anstücken, soll durch sie wieder ein leidliches Verhältnis hergestellt werden. Die Schädigen, die sich als selbständige Gewerbetreibende ernähren, sind jedenfalls weitaus höher als in Friedenszeiten.

Zur Erhöhung der Unterstüzungen und Beiträge

Die Nr. 44 der WZ bringt die Bekanntmachung des Vorstandes über die Erhöhung der Verbandsbeiträge und Unterstüzungen vom kommenden 1. Januar ab. Der Begründung des Vorstandes ist durchaus zuzustimmen. Die Beitragssteigerung wäre schon längst erforderlich gewesen, denn mit den bisher gezahlten Sätzen für Streikende, Ausgesperrte und Gemeinregelte war es kaum möglich, bei längerer Dauer neben den für Wohnungszwecke zu spendenden Beiträgen soviel zu verdienen, um auch nur das Allernotwendigste bestreiten zu können.

Den Schwarzgeheuern unter uns, die von der Beitragssteigerung eine Herabsetzung der Mitgliederzahlen befürchten, sei folgendes gesagt: Nach jeder Beitragssteigerung und entsprechendem Ausbau der Leistungen war kein Rückgang, sondern oftmals eine erhebliche Zunahme der Mitglieder zu verzeichnen. Das werden alle die bestärkten können, die selbst jahrelang Mitglied sind und am Aufbau unserer Organisation nach Möglichkeit ihrer Kräfte mitgewirkt haben.

Nun zu den Leistungen. Daß die auf Grund der Beitragssteigerung eintretende Erhöhung der Leistungen erst am 1. April nächsten Jahres beginnt, ist wohl verständlich. Es muß doch erst eine Unterlage geschaffen werden, um die erhöhten geldlichen Leistungen bewirken zu können. Gegenüber den in der Vorkriegszeit üblichen

total veraltet. Die Maschinen als auch die Holz- und Kartierwerke kommen aus einer längst überwundenen Zeit. Früher wurde Kriegsmaterial, heute Textilmaschinen, landwirtschaftliche Geräte, Erntetoren und Erntemaschinen gefertigt. Gut war auf dem Wert der Schlingensäge. Bei ihr werden nur Kinder von Hilfsarbeitern aufgezogen. Sie müssen 6 Jahre die Schlingensäge bestaunen. Die Lehre dauert 4 Jahre. Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden, davon sind 4 Stunden dem praktischen und 4 Stunden dem theoretischen Unterricht gewidmet. Im Unterricht gibt es ein besonderes Fach, die Geschichte der Revolution. Der praktische Unterricht geht planmäßig vor sich. Bei Abschluß der Lehrzeit ist eine Prüfung zu machen. Die Lehrzeit wird von einem Arzt überwacht. Es werden sehr harte Strafen verhängt, bei dem ersten Vergehen gibt es einen Tagelohn, beim zweiten Tag verläßt der Lehrling der besonderen Überwachung durch den Lehrer und im dritten Fall erfolgt der sofortige Ausschluß aus der Lehrzeit. Diebstahl wird mit sofortiger Entlassung bestraft.

Heute bestaunen wir das Elektrizitätswerk, das sehr gut eingerichtet ist. Hier verdienen die Arbeiter (Juni 1925): Mechaniker in Kfz 108 bis 200, Überleger 120, Heizer 28, Obermaschinen 120, Maschinenführer 95, Schweißmeister 111, Gehilfe 92 und Schloffer 102. In Kfz (1. April) = 210 M. An Sonntagen wird die Arbeit mit einem Zuschlag von 100 bis 150 vH bezahlt. Die Angehörigen der Arbeiter betragen: Roter Direktor 192, Leichter Direktor 300, Betriebsleiter 300, Kfz-Direktor 360, Ingenieur 225 und Meister 165. Das sind die höchsten Löhne, die ich überhaupt in Russland gesehen habe. Sehr groß ist die Lohnspanne zwischen geklernten und ungelerten Arbeitern. Verbreitet ist die Frauenarbeit.

Der Reallohn wird nach 26 Artikeln der Lebenshaltung erreicht. Die Arbeitsmittel sind billiger, dafür aber die Waren für die Lebenshaltung doppelt so teuer als bei uns. Jeder konnte wir den Unterschied in der Lebenshaltung der deutschen und russischen Arbeiter nicht feststellen. Geht man mit uns, daß die Arbeiter bei ihren Verdiensten nicht leben, sie aber nicht ausgeben können. Die Wohnungen sind sehr armelig. Nur weil der russische Arbeiter so anspruchslos ist, kann er in solchen Verhältnissen leben. Die Wohnungsmiete

Barzeiten muß die feste Bestimmung auf nur drei Monate als gering bezeichnet werden. Daß auch die künftigen Leistungen noch nicht als befriedigend bezeichnet werden können, bedarf wohl keiner besonderen Betonung; jedoch, gemessen am Grad der Beitragssteigerung, bedeuten sie eine erhebliche Verbesserung.

Nun ein Wort der Kritik zu den Sätzen für Erwerbslose. Nach meinem Dafürhalten müßte endlich eine Unterscheidung in der Leistung für Arbeitslose und in der für durch Krankheit erwerbsunfähig Gewordene erfolgen zugunsten der Ersteren, und zwar aus folgenden Gründen: Der Arbeitslose, mag er nun freiwillig oder unfreiwillig aus seiner „Brotstube“ ausgeschieden sein, ist gegenüber dem durch Krankheit erwerbsunfähig Gewordenen in geldlicher Beziehung im Nachteil. Selbst wenn der Arbeitslose unfreiwillig ausgeschieden und demzufolge gegenüber dem freiwillig Ausgeschiedenen, der eine derartige Barzeile bei der Erwerbslosenfürsorge gegenüber einer einmöglichen für den zwangsweise Ausgetretenen durchmachen muß, die höchste nach der Kopfzahl der Familie bemessene Unterstützung erhält, so bleibt er doch gegenüber dem Erkrankten in den weitaus meisten Fällen erheblich im Nachteil. Der Unterschied in den Leistungen der Erwerbslosenfürsorge und den Leistungen der Krankentafeln ist insbesondere bei letzteren (Mehrfachlungen), oft bis zu 50 vH hinaus. Hiermit soll durchaus nicht gesagt sein, daß der erwerbsunfähige Kranke zu hohe Einkünfte hat, im Gegenteil; die Krankentafelunterstützung könnte noch höher sein, um dem Erkrankten die Möglichkeit eines rascheren Genesung durch kräftigende Nahrung zu gewährleisten.

Wünschenswerter wäre es, wenn der Vorstand mit dem Erweiterten Beirat aus den vorher angeführten Gründen einmal der Frage überträte, ob es nicht angängig sei, den Arbeitslosen unseres Verbandes eine gegenüber den Krankentafelunterstützungen höhere geldliche Leistung zu gewähren. Es mag vielleicht eingewendet werden: Welche Pflichten der Beitragsleistung, gleiche Rechte in bezug auf die Leistungen. Dem kann jedoch nicht vorbehalten beigetragen werden. Auch in der Krankentafelunterstützung besteht einheitliche Beitragsleistung und doch werden die Verleistungen (Krankengeld und Hausgeld) nach sozialen Gesichtspunkten bemessen.

Ein Ausweg ließe sich vielleicht auf folgende Weise herstellen. Den Arbeitslosen wird eine gegenüber den Unterstüzungen für Erkrankte 50 vH höher bemessene Unterstützung gewährt. Ober: Der Satz für erwerbsunfähig Erkrankte bleibt bestehen, hingegen werden die Sätze für Arbeitslose im Grundbeitrag denen der Erkrankten in der bisherigen Weise gleichgestellt; hinzu tritt ein wöchentliches Familienzuschlag in Höhe des für Streikende usw. gültigen Betrages. Eine Verengung der Kinderzuschläge bis zur Höchstzahl von vier Kindern wäre dabei als angemessen zu erachten, so daß der Höchstunterstützungssatz sich auf 15 M wöchentlich beläuft. Bei Berücksichtigung der gleichen Kinderzahl würde bei den neuen Unterstüzungen immerhin noch ein Unterschied zwischen den Bezügen der Arbeitslosen und denen der Ausgesperrten usw. von wöchentlich 4,60 M bestehen bleiben. Dieser Unterschied in den Bezügen ist sachlich begründet, denn erfahrungsgemäß ist Arbeitslosigkeit in den meisten Fällen von längerer Dauer wie Streiks und Aussperrungen. K. H.

Mit 500 Prozent verzinst!

Schon wieder eine Beitragssteigerung? Da soll doch ein festiges Donnerwetter dreinfahren! Bekommen denn „die“ gar nie genug? Solche und ähnliche Freistausdrücke habe ich jetzt von manchen Kollegen gehört, als sie erfuhren, daß Vorstand und Erweitertes Beirat eine Erhöhung der Beiträge beschlossen haben. Daß aber eine beträchtliche Erhöhung der Unterstüzungen ebenfalls beschlossen wurde, scheinen diese Kollegen ganz zu vergessen. Das ist ein Beweis, daß es noch viele Kollegen gibt, die noch nicht wissen, was Organisation ist. Ihr Zweck ist doch, die wirtschaftliche und geistige Lage der Arbeiter zu verbessern und Verschlechterungen abzuwenden. Da aber die Gegenstände, die Unternehmer, das Gemeinwohl, so muß jeder Verbesserung erst 1 M pft werden. Um aber im Kampf auszuhalten und so einen Erfolg zu sichern, müssen die Kollegen eine ausreichende Unterstützung bekommen. Das gleiche gilt bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit. Daß die Bildungsgeld einer besonderen Pflege bedarf, ist eine Selbstverständlichkeit. Der unangenehme Nachschuß, der den Kollegen bei Arbeitslosigkeit, die aus dem Arbeitsverhältnis ober wegen ihrer Tätigkeit im Verband entstehen, gewährt wird, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Dies alles kostet Geld. Ich will nicht an einem Beispiel zeigen, wie sich das Geld verzinst, das du, Heber Kollege und Kollegin, in deinen Verband einzahlst. Nehmen wir einen durchschnittlichen Stundenlohn mit 20 vH und 500 Arbeitsstunden mit je 8 Stunden an. In einem Betrieb, wo die Kollegen gut organisiert sind, versucht nun der Unternehmer, 5 vH vom Lohn abzuhängen. Die Rechnung sieht so aus: 5 vH von 50 vH = 2,5, 300 Arbeitsstunden je 8 Stunden = 2400 Stunden; 2400 x 4 = 96 M.

Die Kollegen setzen sich zur Wehr und es kommt zum Kampf, den sie im Bewußtsein, daß sie gut unterstützt werden, ruhig aufnehmen können. In drei Wochen sieht der Unternehmer, daß er sich genötigt geäußert hat und gibt den Kampf auf. Der Abzug ist also glücklich abgewehrt und die 96 M, die jedem Arbeiter abgezogen wurden sollten, bleiben jedem Kollegen. Jetzt die Gegenrechnung. Der Grundbeitrag soll um 30 vH die Woche erhöht werden, das ist 52 x 20 vH = 10,40 M im Jahre. Ergebnis: den Abzug von 96 M abgezogen, von diesen 96 M gibt der Kollege 15,60 M dem Verband, bleiben 80,40 M. Die 15,60 M haben sich also mit über 500 vH verzinst! Welcher Kollege kann mit einer Zahl nennen, die ihm 500 vH Zins jährt?

Das von mir angeführte Beispiel soll den Zweck haben, die Kollegen, die so gut und unüberlegt schimpfen können, zum Nachdenken zu veranlassen. Es stehen der gesamten Arbeiterklasse schwere Kämpfe bevor; denn die Unternehmer sind zum allgemeinen Angriff bereits übergegangen. Deshalb ist es zu befragen, daß der Vorstand mit dem Erweiterten Beirat die nötigen Maßnahmen getroffen hat. Und Pflicht jedes Kollegen ist es, dabei mitzuwirken. F. T.

richtet sich nach dem Lohn. Je höher der Lohn, um so höher die Miete. Ich besuche einen Meister, er verdient ungefähr 400 M nach unserem Geld und zahlt für eine aus zwei Räumen bestehende Wohnung 110 M. Die Wohnungen sind sehr primitiv eingerichtet, die Wände hängen voll Fleckenbilder, unter ihnen der größte Fleck, Lenin. Die Arbeitszeit beträgt überall 8 Stunden. Schwerstarbeiter arbeiten in viergeteilter Schicht 8 Stunden und haben dafür alle 4 Wochen eine volle Woche frei. Jugendliche unter 16 Jahren arbeiten 6 Stunden. Ferien gibt es 2 bis 4 Wochen. Es bestehen gut eingerichtete Erholungsheime, die der Arbeiter benutzen kann.

Kulturell versucht die russische Regierung viel zu schaffen. Sie wird dabei von den Gewerkschaften unterstützt. Schon sind für alle Kinder Schulen vorhanden und das Alphabetlernen geht zud. In den Schulen werden die Kinder schon zum Klassenkampf erzogen. Nur Arbeiterkinder können in Vor-, Mittel- und höhere Schulen kommen. Die Gewerkschaften haben das Vorzugsrecht für die Schulen. In Abendkursen lernen ältere Arbeiter und Arbeiterinnen lesen, schreiben und rechnen. Größere Bibliotheken sind überall geschaffen. Alles wird von den roten Arbeiterklubs verwaltet.

Der Metallarbeiterverband in Ostau wurde ebenfalls ein Besuch abgezogen. Der sowjetrussische Metallarbeiterverband hat sich zwei Aufgaben gestellt:

1. Erwerb der wirtschaftlichen Lage der Mitglieder.
 2. Produktionsförderung.
- Mit den Erwerb werden kollektive Arbeitsverträge abgeschlossen, in den übrigen Betrieben werden die Verhältnisse durch eine Arbeitsordnung geregelt. Die Überwachung der Arbeitsleistungen geschieht durch die Fabrikkomitees. Erstellen die Betriebskomitees in den Betrieben einen Reingewinn fest, so wird dieser zu 50 Hundertteilen zum Ausbau der Betriebe und 20 vH für Arbeiterwohlfahrt verwendet. Die Fabrikkomitees haben in allen Betrieben einen Mitbestimmungsrecht, vor allem haben sie für die wirtschaftliche Entwicklung des Betriebes Sorge zu tragen. Die Mitglieder der Betriebskomitees stehen halbjährlich zur Wahl. Auf 10 Mann der Belegschaft kommt ein Vertreter. Die Wahl erfolgt durch Handaufheben in der

Produktionssteigerung in der Landwirtschaft

In einer Zeit, wo die Arbeiterschaft zur Vorbildung in der Rationalisierung der Wirtschaft geworden ist, wo die Fortschritte in der Technik und wo sie bei den jüngsten Fortschritten durch ihre Vertreter versucht hat, die deutsche Ausfuhrindustrie zu verteidigen, darf die Arbeiterschaft die Landwirtschaft, nicht von ihr vergessen werden.

Im Vordergrund hat dabei die Frage zu stehen, welches das Ziel landwirtschaftlicher Produktionssteigerung sein soll. Zwecklos ist die Möglichkeit in sich, wenn man sie nur höher und höher festsetzt, die landwirtschaftlichen Rohstoffe zu vermehren. Man treibt zusätzliches Kapital in den künstlich rentabilisierten Wirtschaftszweig, drängt so auf eine stetige Aufwandssteigerung hin und kann so die Erträge mit einem zunehmenden Aufwand von Sachgütern und Arbeit die Erträge nicht handhaben. Vor 150 Jahren hat einmal Adam Smith gesagt, wenn man den Folschuh nur in ausreichender Höhe festsetze, dann werde man schließlich auch im nördlichen Schottland Wein erzeugen können. Das aber bedeutet keine Produktionssteigerung im volkswirtschaftlichen Sinne. Die künstliche Förderung einer Industrie geschieht nur auf Kosten der übrigen. Und zwar wird so der an sich weniger rentable, weniger ergiebige Wirtschaftszweig künstlich entwickelt; dort aber, wo Kapital und Arbeit besser, das heißt mit größerem Ertrage angewandt werden, wird Kapital entzogen, wird die Möglichkeit der Lohnsteigerung stärker beschränkt, als sie im volkswirtschaftlichen Wirtschaftszweig verbessert wird.

Landwirtschaftliche Produktionssteigerung bedeutet für uns also eine Steigerung der Produktion nicht auf Grund künstlicher Rentabilitätsverbesserung, sondern auf Grund der Anwendung besserer Erzeugungsmethoden. Eine Steigerung des Ertrages durch Verbesserung der Produktionsmethoden kann in der Landwirtschaft, da Boden und Klima natürlich gegeben sind, nur bei den Sachgütern (Kapital) und der Arbeit einleuchten. Bei den Sachgütern aber steht im Vordergrund die Anwendung künstlicher Düngemittel, die eine Veränderung der chemischen Zusammensetzung des Bodens bewirkt. Hier sollte also die erste Aufgabe landwirtschaftlicher Produktionspolitik liegen. Aber auf einer Seite dieser Produktionspolitik steht es noch recht bedenklich aus. Das ist die Preisfrage. Die Marktpreise sind abhängig von preispolitischen Spielen des Kapitalismus, und gerade in der Gegenwart wird wieder für eine Preissteigerung gearbeitet. Aber auch bei den Stückpreisen wird von sozialistischer Seite immer wieder auf die Möglichkeit weiterer Preisermäßigungen hingewiesen. Es ist ja klar, daß je mehr Einheiten Stück für die Einheit Getreide aufgewandt werden können, um so eher die Stückaufwendung auf dem Acker vergrößert werden kann. Wichtiger als Veränderungen des Stückpreises an sich ist das Verhältnis zwischen ihm und den Preisen der Düngemittel, das vielleicht besser von der Seite der Düngemittel her beeinflusst wird als umgekehrt.

Die nächste Kapitalanlage in der Landwirtschaft ist das Viehkapital. Seine Bedeutung erhält vielleicht am besten daraus, daß allgemein angenommen wird, daß mindestens 70 % der landwirtschaftlichen Erzeugung der Viehzucht und -haltung dient. Darin spiegelt sich natürlich die Veränderung in der Befriedigung des menschlichen Nahrungsbedürfnisses, die sich in den letzten Jahrzehnten vollzogen hat. Der Fleischverbrauch ist auf Kosten des Pflanzenverbrauchs wesentlich gewachsen. Darüber hinaus aber liegt hier eine zweite Quelle der Bodenverbesserung durch Kapitalaufwand in der Stalldüngung. Von der Viehhaltung ist die große Ausdehnung des Ackerbaus in den letzten drei Jahrzehnten deutscher Agrargeschichte ausgegangen, deren Bedeutung für die Ertragssteigerung der Landwirtschaft von den Freunden der Bollgehege zum mindesten im Augenblick der Zollverhandlung nicht vergessen zu werden pflegt. Die mit ihm Hand in Hand gehende Verbesserung der Bodenbearbeitung ist mit der Kunstdüngung das Wichtigste in der Vereicherung des unveränderlichen Bodens durch Aufwand von Sachgütern und Arbeit.

Für die deutsche Viehhaltung kommt Verbesserung und Veranzugung sowohl der Tiere selbst wie ihrer Leistungsfähigkeit durch sorgfältige Züchtung, sachgemäße Fütterung und pflegliche Behandlung in Frage. In der Tat sind zum Beispiel in der Züchtung der deutschen Milchzucht in den letzten Jahren erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen.

Auf der anderen Seite jedoch gilt hier wie bei der Bewertung der wichtigsten Ackerfrucht, der Kartoffel, daß für die Verarbeitung des Roherzeugnisses noch viel zu tun übrig bleibt. So müßten die Molkereierrichtungen vor allem in der Nähe der Großstädte erweitert und verbessert werden, während bei der Kartoffel durch Ausdehnung der Kartoffelzucht sehr beträchtliche Verluste — bis zu 20 % der Ernte — vermieden werden könnten. Bei der Kartoffel ist immerhin ein großer

Fortschritt dadurch gemacht worden, daß neuerdings das Spiritusmonopol, anscheinend die Verwendung von Kartoffelspirit als Kraftstoff mit größeren Mitteln zu fördern beginnt.

Führen diese Betrachtungen schon hinüber ins Gebiet der rationalen Verteilung und Bewertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, so bleibt noch die wichtigste veredelungsfähige Sache der landwirtschaftlichen Erzeugung ausführlicher zu besprechen. Das ist die Arbeit. Hierbei kommt zunächst die Arbeit des Landwirts in Frage, der selbst mit seiner Arbeit und der seiner Familie schafft, des Bauern. Die Bauernschaft ist wahrscheinlich die Klasse in Deutschland, die am schwersten und für den geringsten Ertrag arbeitet. Nur der Landarbeiter ist ihm in beiden Beziehungen vergleichbar. Freilich in der Erörterung der Arbeitsfrage auf dem Lande findet man in der landwirtschaftlichen Presse immer nur den abhängigen Landarbeiter, nie den Bauern berücksichtigt. Das ist nicht nur falsch, sondern auch gefährlich. Das eigentliche Problem landwirtschaftlicher Produktionssteigerung liegt vor allem im bäuerlichen Betriebe. Der Betrieb ist meistens zu klein, um in großem Umfange maschinelle Arbeitskraft statt der menschlichen einsetzen zu können. Der Besitzer, der zugleich Arbeiter ist, sollte aber auf die zweckmäßigste Anwendung der eigenen Arbeitskraft den höchsten Wert legen, was er aber in der Regel nicht tut. Dagegen werden hinsichtlich der abhängigen Arbeitskräfte, der eigentlichen Landarbeiter, fortlaufend Untersuchungen angestellt, um die Arbeitsleistung zu steigern. In diesem Bestreben geht im Augenblick die Landwirtschaft der Industrie vielleicht sogar voran.

Ganz kurz sei darauf hingewiesen, was hierbei in Frage kommt. Großer Nachdruck wird zunächst auf die Auswahl der Geräteformen gelegt. Es ist ja ganz klar, daß Arbeitswerkzeuge von überaus verschiedener Größe und Form in der Landwirtschaft gebraucht werden. Planmäßige Untersuchungen zielen nun darauf ab, Geräte zu finden, die in Form und Gewicht sich möglichst zweckmäßig an den Bau des menschlichen Körpers und sich der gewöhnlichen Leistungsfähigkeit des Arbeiters anpassen. Dasselbe gilt selbstverständlich auch für die Berufskleidung. Als ein weiteres kommt hinzu eine Ausgestaltung der Betriebe, die unnütze Wege und damit unnötige Beförderungen soweit wie möglich vermeidet. Praktisch bedeutet das ja nur die Anwendung von Methoden in der Landwirtschaft, die zum Beispiel in der Metallindustrie, etwa im Maschinen- und Fahrzeugbau, bereits üblich sind.

Hand in Hand damit geht die Frage von Lohnungsweisen, die den Arbeiter zu höherer Leistung anspornen. Bemerkenswerterweise hat gerade dieses Feld, das im wesentlichen nur für den Großgrundbesitz von Belang ist, die ausgeheftete Bearbeitung erfahren. Dabei zeigt sich eine Neigung zum Akkordlohn, die auch hier nach Vorherrschaft geht. In der Landwirtschaft wie in der Industrie sucht der kapitalistische Unternehmer den Mehrertrag der Arbeit, der sich aus der Anwendung fortgeschrittener Produktionsweisen ergibt, sich allein anzueignen. Diese Gefahr ist jedoch in der Landwirtschaft um so erster anzufassen, als beim funktlichen Großlandwirt die Neigung zum ausgeprägten Luxusverbrauch viel größer ist als etwa bei dem durchschnittlichen Industriellen.

Solcher Meinung gegenüber wäre es zweifellos falsch, wenn man die Fortschritte, die hier gemacht werden, um ihrer nicht notwendigen sozialen Folgereseignungen willen verwarf. Vielmehr sollte die Arbeiterschaft der Städte diesen Dingen besondere Aufmerksamkeit zuwenden; denn die Rationalisierung der Arbeit auf dem Lande könnte sehr wichtig bei der Durchführung ausgehefteter Siedlungspläne werden. Vor allem aber sollte die Arbeiterschaft darauf drängen, daß mehr als bisher für die Verbreitung der arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse unter der Bauernschaft getan wird, wie dies der bekannte sozialdemokratische Antrag zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion bereits mit seiner Forderung eines Ausbaus der Wirtschaftsräte und des landwirtschaftlichen Unterrichtswezens tut. Denn der Bauer sollte im Mittelpunkt jeder zielbewussten Agrarpolitik stehen. Viel zu sehr haben die stetig wiederholten Vorkämpfe die Aufmerksamkeit der Stadtbevölkerung von ihm abgelenkt, und der Mißbrauch seiner Organisationen für politische Zwecke der Bevölkerung in Stadt und Land, in der er doch eine überaus bedeutende Rolle schon rein zahlenmäßig spielt, erwachsen lassen. Auf dem Bauerngut liegen in Wahrheit die eigentlichen Möglichkeiten der Produktionssteigerung in der deutschen Landwirtschaft.

P. H. H. H.

Bestellt bei Eurem Vertrauensmann den soeben erschienenen

Metallarbeiter-Kalender!

keine 60 Rubel verdient. Bei einem Besuch in der Wohnung der Arbeiter konnte ich dann die Wahrheit erfahren. Eine junge, kräftige Frau von 22 Jahren und ihr junger Mann arbeiten beide in der Gummitabrik. Sie verdienen 18 und er 42 Rubel im Monat, also beide zusammen kommen auf 60 Rubel im Monat, und der rote Direktor hatte uns vorgelesen, daß die alten Weiber mit leichten Arbeiten 60 Rubel verdienen. In diesem Betrieb waren die Arbeiterinnen auch angehalten worden, beim Besuch der Reichsanstalt ihren Sonntagskakt anzulegen. So haben die Menschen im Sonntagskakt an den Maschinen und zur Eichen.

Ich versuchte, mich ohne Führer etwas über das Leben zu unterrichten. Bei einem Nachgang durch Moskau sah ich die schlimmste Obdachlosigkeit. In Wänteln, auf Treppen und an Hauseingängen lagen Menschen und schiefen, darunter waren Kinder unter zwölf Jahren. Groß ist die Zahl der Armen, die durch Vettel ihr Leben fristen. Der Einzelne, der einigermaßen ganze Kleidung trägt, wird sofort angebetelt. Auf dem Zugang zur Alexanderkirche, kaum hundert Meter lang, zählte ich 37 Vettel, darunter waren Frauen mit Säuglingen an der Brust. Auf meine Frage erklärte der Dolmetscher, hier könne man nichts tun, selbst die Polizei sei machtlos. Die Kinder seien fast immer aus den Kinderheimen entlaufen. Einige Frauen von Wolgabuyschen, die gut deutsch sprachen und die ich kennen lernte, erklärten, daß es in der Provinz noch schlimmer sei. Dort trieben sich die verwahrlosten Kinder in Herden herum. Gegner des Sowjetregimes konnte ich nicht sprechen. Die Angst vor der Tscheka hielt alle zurück. Einen Meister traf ich, der sich als Mensch auf bekannte, er trug mir Grüße an die Sozialdemokratische Partei auf. Auf meine Frage nach den Verhältnissen sagte er mir, sie dürften nicht sprechen, ich sollte nicht glauben, daß wir beobachtet seien, vor ihrem Mund hänge ein Schloß. Ein anderer erklärte: Wir dürfen nichts sagen, an unserm Hals ist das Messer, und ein Dritter sagte auf meine Frage abweisend: Ich kenne Sie nicht, was wollen Sie denn von mir? Aus diesen Worten sprach die Angst vor der Tscheka und vor Eitelkapseln. Die Leute schienen schon schlimme Erfahrungen gemacht zu haben.

Amerika

den amerikanischen Gewerkschaften

Unter der Überschrift: Eine Monroe-Doktrin des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, läuft eine Entschlüsselung des amerikanischen Gewerkschaftskongresses, der im Oktober in Atlantic City stattfand, durch die Presse, die zuweilen mit, wie uns scheint, irigen Deutungen versehen ist. Die Entschlüsselung liegt uns im englischen Urtext noch nicht vor, so daß wir die deutsche Übersetzung, wie wir sie in der Presse finden, benutzen müssen. Sie lautet in der Hauptsache:

„Wir legen die Welt in feierlichster Weise davon in Kenntnis, daß wir im Westen keine Bewegung der alten Welt dulden werden, die versucht, sich den amerikanischen Werten gegen ihren Willen aufzudrängen. Was die Regierung der Vereinigten Staaten durch den Präsidenten Monroe Europa als Warnung gegen einen bewaffneten Angriff sagen ließ, stellen wir mit gleicher Bestimmtheit für den Fall eines Angriffs durch Propaganda fest. Die Amerikaner sind für Demokratie! Der Amerikanische Gewerkschaftsbund ist die anerkannte internationale Arbeiterbewegung aller amerikanischen Länder. Durch den Amerikanischen Gewerkschaftsbund bringen die amerikanischen Republiken die Bestrebungen und Ideale ihrer organisierten Lohnarbeiter zum Ausdruck und die amerikanischen Völker sind entschlossen, dies auch in Zukunft so zu halten. Weder die Rote Internationale des autokratischen Moskau noch irgendeine andere Internationale darf diese Erklärung der amerikanischen Arbeiter übertreten. Die amerikanischen Arbeiter sind der ganzen Welt freundschaftlich gesinnt, soweit die Welt für die Verwirklichung der Ziele der Demokratie kämpft. Was aufgelegt wird die amerikanische Arbeiterbewegung jeden Zoll ihres Bodens verteidigen, wann und wo auch die Autokratie den heiligen Grund ihres Erbes anzufallen droht. Wir werden keinen Vorwand der „Weltarbeiterschaft“ als Wäse von einfallenden Bestrebungen dulden. Die neue Welt ist der menschlichen Freiheit geweiht. Wir wollen die Freiheit der ganzen Welt und wir werden überall womöglich in diesem Sinne unseren Bestand leisten. Vor allem werden wir jedoch für die Aufrechterhaltung und Förderung der Freiheit in amerikanischen Ländern kämpfen.“

Wenn dieser Wortlaut dem Urtext entspricht, so besagt er nicht anderes als eine alte gewerkschaftliche Selbstverteidigung. So gut wie beispielsweise die sozialistische Gewerkschaftszentrale in England als ihr Wirkungsfeld betrachtet und es sich unumkehrbar durchsetzen würde, wenn eine ausländische Zentrale in England Ortsgruppen bilden wollte, so gut handelt die amerikanische Gewerkschaftszentrale, wenn sie das gleiche tut. Die Entschlüsselung richtet sich vornehmlich gegen die Moskauer Internationale. Es scheint uns jedoch nicht unangebracht, darauf zu verweisen, daß es auch eine russische Gewerkschaften — von einer wissen wir es bestimmt — gibt, die heute noch Ortsgruppen im Tätigkeitsgebiet des amerikanischen Gewerkschaftsbundes haben. Wie wir aus persönlicher Erfahrung wissen, war und ist das Verhältnis zwischen den Mitgliedern der englischen und denen der amerikanischen Fachorganisation, die sich auf dem engen Boden einer Werkstatt gegenübersehen, nicht immer freundschaftlich. Wer in solchen Dingen auch nur halbwegs kundig ist, dem braucht nicht dargelegt zu werden, daß ein derartiger Zustand zu unerträglichen Mißbilligungen führen kann, die nur dadurch vollständig abgestellt sind, daß die eingewanderten Kollegen sich unter allen Umständen der Berufsorganisation im Lande ihrer Wahl anschließen. Wenn nun, wie es uns der Fall scheint, die oben erwähnte Erklärung dazu dient, den ausländischen Gewerkschaften, und zwar allen befreundeten zu machen, daß sie den alten gewerkschaftlichen Rechtsgrundlagen der Gewerkschaften im heimischen Lande für selbstverständlich halten, auch Amerika gegenüber beobachten, so ist vom gewerkschaftlichen Standpunkt nichts dagegen zu sagen.

Welthilfssprache Esperanto

Die internationale Konferenz der Staatsratsmitglieder des Welttelegraphenvereins hat in der Beschlussempfehlung der Moskauer Vollversammlung des Völkerbundes Esperanto amtlich anerkannt. Artikel 7 der internationalen Telegraphenordnung sieht den Gebrauch der Nationalsprachen und des Latein vor. Der letzte Paragraph ist nunmehr so vervollständigt worden: Der Gebrauch des Lateins und des Esperantos sind gleichermaßen zugelassen. Die französische Delegation hat tätigen Anteil am Zustandekommen dieser Zusatzbestimmung genommen, die dem Esperanto einwärtig den Charakter der amtlich anerkannten Welthilfssprache gibt. Ein gleicher Vorschlag betreffend Spa wurde abgelehnt.

Der Gewerkschaftskongreß in Scarborough hat einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Vorkämpfer der vereinigten Verbände aufgefordert werden, dafür Sorge zu tragen, daß Esperanto als offizielle internationale Sprache bei den künftigen Gewerkschaftskongressen angewandt wird, und empfiehlt allen englischen Gewerkschaftsmitgliedern die baldige Erlernung von Esperanto.

Die Exorrate Nordamerikas. Vor etwa einem Jahre herrschte in den Vereinigten Staaten ob der gemachten Prognose, daß sich die Ölreserven dieses Landes bald erschöpfen würden, große Verunsicherung. Der Bericht einer von dem Amerikan Petroleum Institute eingesetzten Kommission hat diese Befürchtung als unbegründet erwiesen. Die Kommission schätzte die gesamten Ölreserven der Vereinigten Staaten auf 734 000 000 000 Barrels. Hierbei ist nur das gewinnbare Öl der bekannten Lager berücksichtigt. Etwaige neu zur Entdeckung kommende Öllager sind in die Schätzung nicht einbezogen. Unter Zugrundelegung des Ölverbrauchs der Welt im letzten Jahre würde der geschätzte Vorrat für 734 Jahre hinreichen. Es ist indessen zu beachten, daß der Ölverbrauch in den letzten 20 Jahren von 150 000 000 auf 1 000 000 000 Barrels im Jahre gestiegen ist und daß eine weitere Verbrauchsteigerung eintreten wird.

Ein Gefängnis zu besuchen, habe ich nicht Gelegenheit bekommen. Das Gerücht von Stadturlaub für Gefangene scheint ein Märchen zu sein; ich sah Gefangene in den Straßen, die aber von vier Mann mit aufgeschlagenen Balonen und einem Füllhorn mit zogenem Revolver begleitet waren. Eine Kommunistin, die in dem Gefängnis wegen beschuldigter Mordtat war, wurde von uns wegen der Todesurteile gefragt; sie bestätigte, daß erst vor wenigen Tagen 17 Mann ohne viel Federlesens erschossen worden seien, trotzdem diese bräunlichen Gesichtszüge allgemein verurteilt würden. Die Tscheka made aber, was ihr beliebt. Auf unsere weiteren Fragen wick sie aus und meinte, sie habe sich schon viel zu viel gesagt.

Die Freilassung für Arbeiter ist nahezu aufgehoben. Kein Arbeiter kann und darf seinem Belieben die Arbeit niederlegen und sich eine neue Arbeitsgelegenheit suchen. Er muß einen langen Antrag stellen, der aber regelmäßig abgelehnt wird.

Auf dem Schiff traf ich einen Russen, der im Krieg als Gefangener in Deutschland gelebt und auch eine Deutsche geheiratet hatte. Auf die Botschaften der Sowjetregierung war er nach seiner Heimat übergesiedelt. In Russland hatte er als Reparaturschlosser Arbeit bekommen. Er zeigte mir sein Lohnbuch. Darin hatte der Mann im ersten Monat 63, im zweiten 46, im dritten 31 und im vierten 26 Rubel verdient. Unter solchen Verhältnissen zog er es vor, vollständig mittellos nach Deutschland zurückzukehren. Das Vaterland war ihm als Heimat unmöglich geworden.

Ich weiß, daß durch Aufnahme und Verpflegung einige meiner Mitdelegierten sehr beeinflusst worden sind. Was sonst noch blieb, wurde von gerissenen Dolmetschern ins Gegenheil umgekehrt. Ein Mitkollege der Delegation sagte mir, daß er dreimal angelegen wurde in einer Art, die mehr denn stark zu nennen sei. Ein Kinder habe den Schwind mit dem Kräftigsten fassen können.

Eines sehr aber fest, die russische Regierung versucht mit aller Kraft, etwas Besseres zu schaffen. Und dazu sind die russischen Kommunisten andere Kerle, als die deutschen Maulaufreißer, die sie Kommunisten nennen.

Vertragsverhandlung. Die Vorschlagslisten werden von den Kommunisten eingereicht. Wohl kann die Verhandlung weitere Vorschläge hinzusetzen, erfahrungsgemäß macht die Belegschaft keinen Gebrauch davon.

Die Sozialversicherung ist gut ausgebaut. Besonders der Wohnrentenversicherung ist auszuheben. Es besteht eine Arbeitslosenversicherung, die durch die Gewerkschaften mit verwaltet wird. Beiträge werden vom Arbeiter nicht erhoben, sie müssen von den Betrieben aufgebracht werden. Die Unterstützungssätze sind nicht sehr hoch, sie schwanken zwischen 6 bis 26 Rubel im Monat.

Die Macht wird in Russland von der kommunistischen Partei ausgeübt. Die Parteiführer der Kommunisten hielten uns Vorträge über das, was sie gewollt und bisher vollbracht hatten. Sie betonten, daß der Aufbau sehr schwer konstante ging, da ihnen die nötigen Mittel fehlten. Buzgilt seien in Russland 1 300 000 Arbeiterlose vorhanden. Die größte Sorge mache die Landwirtschaft. 40 % der Bauern seien arbeitslos, viele dieser Menschen kämen dann nach den Städten in der Hoffnung, in der Industrie Arbeit zu finden. Diese Arbeiterlosen können keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, denn die Mittel reichen kaum, um die industriellen Arbeitslosen vor dem Schlimmsten zu bewahren. Russland brauche das Ausland. Leider beteiligten sich die ausländischen Unternehmungen viel zu wenig am Aufbau Russlands. Wenn die Arbeiter in den anderen Ländern die Macht an sich gerissen hätten, dann würde es besser, denn dann würde die Arbeiterregierung Verträge abschließen können.

Bei Besichtigung einer Gummitabrik in Moskau wurde mir der Schwindel, der den Russenbelegungen vorgegangen wurde, klar. Der rote Direktor sagte uns in einem Arbeitsaal, hier werden nur alte Frauen mit ganz leichten Arbeiten beschäftigt. Ich fragte die Frauen, welchen Lohn sie erhielten. Vielleicht beeinflusst durch das Beisein des roten Direktors oder durch eine ganz andere Fragestellung durch den von den Kommunisten gestellten Dolmetscher, den ich ja nicht kontrollieren konnte, sagten die Frauen 60 Rubel. Wir erfuhren das ziemlich hoch. Ich hatte ja schon Gelegenheit gehabt, die Männerlöhne in der Industrie zu erfahren und wußte, daß mancher Dreher und Schlosser

Hermann Greulich ist tot

Kun ist auch der alte Greulich, der Vater der Schweizerischen Arbeiter, durch die enge Worte gegangen, die eine Niedertracht nicht kennt. 83 Jahre sind ihm vom Schicksal begeben gewesen. Von seinem langen Leben hat er sechs Jahrzehnte der Arbeiterbewegung mit ganzer Hingabe gewidmet. Er wurde 1842 in Breslau einem schwer um das trodene Brot ringenden Gelegenheitsarbeiter geboren, der schon früh, als Hermann noch nicht 14 Jahre alt war, nachdem er die fünfjährige Zeit als Buchbinder durchgehender harte, ging er auf die Wage. In Heutlingen trat er in einen Arbeiterverein ein, der ihn zum Arbeitertag nach Stuttgart schickte, wo er mit August Vöbel und Albert Dange bekannt wurde. Bald wählte er weiter, nach der Schweiz, die damals noch stärker als heute die jungen Leute anzog, die die ständige Lust der preussisch-deutschen Polizeistube verabscheuten. Das natürliche Zügel, wo ein vielgestaltiger Kreis von knorrigen Republikanern und Revolutionären saß, hielt den schlesischen Buchbinder fest. Hier fand er seine zweite Heimat und sie wie für ihn geschaffenes Wirkungsfeld.

Es war um die zweite Hälfte der 1860er Jahre. Die proletarische Welt schloß sich in Gleichgültigkeit dahin. Der Sozialismus war erst sehr wenig bekannt. Männer mit dem Feuer und der Unvergänglichkeit der Apostel waren nötig. In der Schweiz sollten Gruppen der ersten Internationalen gebildet werden; die von deutschen Handwerkburschen geschaffenen Arbeitervereine, in denen sich eine piebisch-gerliche Ideologie breit machte, brauchten der Aufmunterung und der Unterweisung; die Arbeiter des Handwerks und der erwachenden Industrie riefen nach Organisation; das Genossenschaftswesen bedurfte einer festeren Hand; die sozialdemokratischen Arbeiter der Zusammenfassung in eine Partei kurz, es gab Arbeit in Fülle. Der schlesische Proletarier griff mächtig in die Saiten. Es gab bald keine Arbeitervereine, es wurde keine Gewerkschaft, keine Genossenschaft, kein Arbeiterblatt geschaffen, später kein sozialpolitisches Gesetz entworfen, woran Greulich nicht hervorragend mitwirkte. Und von der Schweiz aus erweiterte sich seine Tätigkeit auf das große Gebiet der sozialistischen Internationalen.

Da in der Frühzeit der Arbeiterbewegung (und auch später noch) die Tätigkeit für sie viel mehr Mühsal und Mithrausentzagen einbrachte, als Gehalt, stand der eingewanderte Greulich wiederholt vor dem Nichts und mußte die erbliche Gelegenheit nehmen, um für seine lebenslängliche Arbeit zu schaffen. Sein wirtschaftliches Dasein erhielt erst eine bessere Grundlage, als er — 1877 — eine Stellung im Zürcher Statistischen Amt und später dann die eines schweizerischen Arbeitsvertrags erhielt. Verhältnismäßig spät erst zog er in die geschäftlichen Kämpfe, in den Zürcher Kantonsrat und in den Nationalrat ein.

Für uns, die wir dem zweiten Geschlecht der sozialistischen Bewegung angehören, ist Greulich immer der Alte gewesen. Darin wurden wir nicht nur durch seinen grauen Bart und seinen Apfelschnitt beschränkt, sondern auch durch die Erzählungen seiner Erlebnisse mit Persönlichkeiten, die wir nur aus schon angelegten Büchern kannten. Er schilderte uns persönlich Erlebtes, das so seltsam war, daß uns der Gedanke des Vorwärtzes in die Nase stieg. Aber er wollte nicht zu den Alten gerechnet werden, die der Ruhe pflegen müßten. Er konnte sich nicht weigern, wenn er vernahm, daß man dies oder jenes aus Rücksicht auf den „alten Papa Greulich“ unterlassen müsse. Er wollte unverkürzt Anteil haben an den Rechten, Pflichten und Anforderungen der Jugend. So hat er es gehalten bis zum Ende seines langen Lebens. Er war nicht nur ein sehr arbeitseifriger, sondern auch ein recht lustiger Kamerad. Seinen reichen Schatz der Erfahrung öffnete er gerne. Es gab da Einzelheiten zu hören, die weder in der Parteiliteratur noch in den Biographien unserer Altmeister zu lesen sind. Dabei kam das Menschliche, das Allmenschliche nicht zu kurz. Was Wunder, daß wir Jungen da mit stark gespanntem Ohren zuhörten.

Aber die vielen Bitternisse seines bewegten Lebens half ihm ein toller Humor hinweg. Als ich ihn einmal (1898 in Genf), um den Unterschied zwischen ihm und dem jetzt anwesenden, daran erinnerte, daß er 1869 vom Vater Arbeiterverein mit einem Wirtschaftensbeschlusse beauftragt worden sei, erinnerte er, das Vereinsprotokoll sei nicht vollständig: es habe nicht nur einen Wirtschaftensbeschlusse, sondern auch einen Finanzvorschlag mit Handgreiflichkeiten gegeben, und diese Unfreundlichkeit, weil er für das alles habe wirken wollen. Obwohl ich das vor drei Jahrzehnten zugehört habe, schilderte er es und die beteiligten Personen bis ins kleinste, wobei es ihn vor Lachen über die „unrige Geschichte“ schüttelte.

Aus ein unerbittlicher Charakter kann ein guter politischer Führer sein. Diese Wahrheit trifft insbesondere auf Greulich zu. Gerade wie kein Mann war seine politische Gangart. Nichts verabsäumte er mehr, als die Kongressmännerei an politische Reden zu binden. Wie oft habe ich ihn jagen hören: Geht aufrecht und gerade! Noch besser hat er kein Bekenntnis im folgenden Vers ausgedrückt:

Seh deine Bahn und laß die Leute schwächen... Die Bahn ist lang — die Leute schwächen viel... Sag Unversand von Ort zu Ort dich heben, Seh deine Bahn! Du! an dein hohes Ziel! Sag mancher Fieb dich hart und jünger verleben, Der schonungslos in deine Seele fiel — Wir! ab von dir, was deine Seel' umwirtet! Seh deine Bahn, aufrecht und unerschütter!

So, wie Hermann Greulich gegangen, ist er seine lange Bahn gegangen und hat die Leute schwächen lassen. Durch seine gerade Besinnung und seinen festen Charakter ist er zum hervorragenden Führer in der Internationalen geworden. Die schweizerischen Arbeiter haben ihren Vater, die Eidgenossenschaft einen bedeutenden Führer, die internationale Sozialdemokratie ihren Führer verloren. In der Welt des Sozialismus wird der Name Hermann Greulich in großen Letzern stehen, so daß er lebendig bleiben wird im Gedächtnis der kommenden Geschlechter. F. K.

Die Konferenz des Stuttgarter Bezirkes

Die Bezirkskonferenz tagte am 8. November in Stuttgart. 63 Delegierte hatten 90 Vertreter entsandt, nur 5 kleinere waren anwesend. Zum Vorstand war Kollege Dikmann ernannt. Kollege Borchgrevink, der Vorsitzende, gab dem allgemeinen Bericht. Er führte unter anderem aus: Das 2. Vierteljahr 1914 als Vergleichsgrundlage genommen, ist eine Mitgliederzunahme von 40.056 zu verzeichnen, da am Schlusse des 3. Vierteljahres die Mitgliederzahl auf 84.112 gestiegen war. Die Beitragszahlung des Bezirkes, die im allgemeinen gut gemacht werden kann, zeigt eine stetige Steigerung des Beitragsstandes um 1. Klasse. Die Einnahme — nämlich Mitgliedsbeiträge, nicht Beiträge —, die am 1. Januar zwischen 85 und 63 1/2 in den Jahresverhältnissen betragen, werden im 3. Vierteljahr auf 65 bis 2/3 gebracht. In den Monaten (Elektrizität, Wasser, Gas, Heizung, Heizung) waren die Grundbesitzer am Beginn des Jahres 65 bis 2/3; sie konnten bis zum 3. Vierteljahr auf 80 bis 125 1/3 gebracht werden. Auch in der Arbeitszeit ist gegen 1914 ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen. Wenn auch in der Hinsicht der Beschäftigung die regelmäßige stündliche Arbeitszeit zur Zeit 5 1/2 bis 24 Stunden verlängert werden kann, so ist doch in einer Anzahl großer Betriebe — wie Maschinen, Karosserie, Uhrenindustrie, Flugzeug — festgestellt, daß die noch kürzeren Zeiten von 4 Stunden, bei den kürzeren von 5 1/2 und 5 1/2 Stunden ab der Hälfte bezahlt werden müssen. Die wichtigste Frage ist im Bezirk jetzt die Frage der Württemberg allein hat in den letzten Monaten von über 5000 Mann entlassen und in nächster Zeit dürfte noch 65.000 Mann kommen, dabei arbeiten in Württemberg über 2000 Metallarbeiter wöchentlich bis zu 24 Stunden herunter. In Baden und in der Pfalz steht es mit der Arbeitslosigkeit fast noch schlimmer als in Württemberg. Deshalb begrüßt Kollege Borchgrevink den Vorschlag des Bezirksleiters des DGB, des Kollegen Weimer, der von der württembergischen Regierung den Wunsch

der Erwerbslosenunterstützung, die Erhöhung der Unterstufungsätze, die Wiedereinführung von Kurzarbeiterunterstützung und die Bereitstellung von Mitteln für Notstandsarbeitende fordert.

Die kommende Beitragssteigerung streifend, ersuchte der Redner dringend, darauf zu achten, daß Abwanderungen von höheren in niedrigere Klassen unterbleiben. Weiter verwies er darauf, daß vieles von dem, was die Arbeiter als bedrückend empfinden, nicht zuletzt zurückzuführen sei auf die politische Gleichgültigkeit großer Arbeitermassen, die es verümen, durch lebhafteste Teilnahme an den politischen Wahlen sich den Einfluß auf die Gesetzgebung zu verschaffen, der notwendig ist, um die wirtschaftlichen Verhältnisse zum Nutzen des arbeitenden Volkes zu bessern.

Nachdem Kollege Borchgrevink unter lebhaftem Beifall geendet, sprach Kollege Dikmann zur Organisations- und Beitragsfrage. Er verwies auf die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses, auf die Einstellung und Haltung verschiedener Organisationen gegenüber unserem Verband und daß die Metallarbeiter alle Ursache hätten, auf das, was sie bisher geleistet haben, stolz zu sein. Die wirtschaftlichen Kämpfe, die in den letzten Jahren geführt werden mußten, seien teilweise von außerordentlicher Größe und Schärfe gewesen. Mit wenigen Pfennigen Unterstützung hätten die Kollegen doch den Kampf ausgehalten, große Opfer gebracht, die ihnen nicht mehr zugemutet werden könnten. Folglich müsse der Verband höhere Unterstufungen einführen, was natürlich auch höhere Beiträge erfordere. Verschiedene Wünsche nach Änderung der Unterstufungsformen müßten bis zum Bremer Verbandstag zurückgestellt werden, aber die Beitragsfrage dürfe keinen Aufschub. Auch Dikmanns Darlegungen wurden sehr beifällig aufgenommen.

In der reichlich benutzten Ansprache wurden zwar von einigen Rednern Bedenken über die Beitragssteigerung geäußert, alle aber anerkannten, daß sie ein Gebot der Stunde sei, und wenn es etwas auszusagen gebe, dann nur, daß Vorstand und Ausschuss mit der Vorlage um ein halbes Jahr zu spät gekommen seien. Schließlich wurde die folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die Bezirkskonferenz nimmt mit Beugung Kenntnis von dem von Vorstand und Ausschuss im Einvernehmen mit dem Erweiterten Beirat einstimmig beschlossenen meinsten Erhöhung der Streit- und Maßregelungsunterstützung, sowie der übrigen Unterstufungen. Die Konferenz hält die durch die Erhöhung der Unterstufungen gebotene Beitragssteigerung für absolut notwendig und verpflichtet die Delegierten, mit allen Kräften die reibungslose Durchführung der Beitragssteigerung zu unterstützen und zu fördern, da die beschlossenen Maßnahmen unbedingt zur Stärkung der Organisation notwendig sind.

Die Bezirkskonferenz erachtet ferner, daß Verwaltungstellen eines engeren Industriegebietes den Beitrag (Hauptkasse und Lokalausschuss) möglichst einheitlich festsetzen und daß bei Streit- und Ausperrungen, wo Mitglieder mehrerer Verwaltungstellen beteiligt sind, jeweils etwa aus Lokalkassen zu gewöhnliche Zuschüsse in gleicher Weise erfolgen.

Sodann wurde noch die bisherige Bezirkskommission mit 67 bis 70 Stimmen wiedergewählt.

Die Konferenz des Bielefelder Bezirkes

Die Konferenz unseres Bielefelder Bezirkes tagte am 8. November in der Eisenhütte zu Bielefeld. Sie war von etwa 50 Kollegen besucht. Vom Vorstand nahm der Kollege Handke teil. Er hielt einen ausführlichen Vortrag über die bevorstehende Erhöhung der Unterstufungen und der Beiträge, auch sprach er die Auswirkung der Beschlüsse des Dresdener Gewerkschaftskongresses. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrag des Kollegen Handke und einer eingehenden Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die Bezirkskonferenz erklärt sich nach den Darlegungen des Kollegen Handke mit der vom Vorstand und Ausschuss sowie von dem am 16. und 17. Oktober tagenden Beirat vorgenommenen Erhöhung der Unterstufungsätze und der Beiträge in den Beitragsklassen einverstanden. Die Teilnehmer der Konferenz versprechen, sich für diese Beschlüsse in ihren Verwaltungen einzusetzen, damit unsere Organisation in der heutigen schweren Zeit ihren Aufgaben gerecht werden kann.

Zum zweiten Punkt erbatete die Bezirksleitung ihren Jahresbericht. In die engere Bezirkskommission wurden die Kollegen Wolf Brandt, Oskar Grube, Heinz Kappung und Gustav König einstimmig wiedergewählt. Nach Erledigung einiger Verbandangelegenheiten wurde die Konferenz mit der Wahlung des Vorsitzenden geschlossen, die Worte und Beschlüsse in die Tat umzusetzen zum Wohle des Verbandes und seiner Mitglieder.

Metallbrüderkonferenz im vierten Bezirk

Am 18. Oktober hielten die Metallbrüder des 4. Bezirkes eine Konferenz ab, die sich mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigte. Der Bezirksobmann, Kollege Gähler (Dresden), schilderte die Verhältnisse, wobei er auf das schlechte Organisationsverhältnis im Erzgebirge zu sprechen kam. Es sei schwer, mit diesen Kollegen in Verbindung zu treten. Es müsse alles versucht werden, die Fühlung mit den Kollegen im Erzgebirge herzustellen. Der vorjährige Beschluß, daß zureichende Kollegen sich beim zuständigen Bezirksobmann vor der Annahme von Arbeit zu erkundigen haben, sei nicht allenthalben eingehalten worden. Es seien deshalb noch einmal alle Kollegen zu ermahnen, vor Annahme von Arbeit in einem anderen Ort bei der zuständigen Verwaltungsstelle Erkundigung einzuziehen, um sich und andere Kollegen vor Schaden zu bewahren. Ein besonderes Kapitel sei die Beschäftigungszunahme. Es wurde festgestellt, daß in verschiedenen Orten die Zahl der Beschäftigten im Verhältnis zu den beschäftigten Schichten viel zu hoch ist. Es besteht somit die Gefahr, daß eine bedeutende Anzahl der Beschäftigten nicht gegeben ist. Bei den zureichenden Behörden soll darauf hingewiesen werden. Sodann wurden die Löhne besprochen. In der Aussprache glaubten einige Kollegen, daß die Brüder besser fahren, wenn sie einen eigenen Tarif abschließen könnten, jedoch wurde ein Beschluß nicht gefaßt. Ferner wurde angeregt, solche Brüderkonferenzen nicht nur im 4. Bezirk, sondern in allen Bezirken abzuhalten, damit die Verhältnisse des Berufs im ganzen Reiches erfaßt werden können.

Als Bezirksobmann wurde wieder Kollege Gähler, Dresden, wiedergewählt. 109, beschlossen, Beschlossen wurde, daß vierteljährlich aus allen Orten dem Obmann ein Bericht über das Lohn-, Arbeits- und Organisationsverhältnis im Bezirk, und zwar innerhalb der ersten acht Tage des folgenden Vierteljahres einzureichen ist. Betreffs der Schlichtung soll darauf hingewiesen werden, daß die aus der Schlichtungskommission für eine ärztliche Untersuchung über die Eignung zum Bräuterei unterzogen sollen, damit die jungen Leute keinen Schaden an ihrer Gesundheit nehmen.

800.000 Überstiegen

Seit unserer Angabe sind im 2. Vierteljahr 1925 im Ruhrgebiet 1.132.230 Überstiegen verzeichnet worden. Selbst nach Abzug der notwendigen Sonntagsarbeit sind hiervon wirklich 800.000 Überstiegen, die über das notwendige Maß hinaus verfahren wurden. 800.000 Überstiegen! Dabei sind gerade nur 2.000 Bergarbeiter erwerbslos. Hätte die große Masse im Verhältnis der Lohn- und Gewerkschaften Folge geleistet, dann wären diese Überstiegen nicht gekostet worden. Die Forderungen entsprechende Rekrutierungen vorzunehmen müssen. Ein Vorkarbeiter verfehlt im Monatsdurchschnitt 25 Schichten, im Vierteljahr 75 Schichten. Für diese 800.000 Überstiegen hätten also zehntausend Bergarbeiter eingestellt werden müssen. Über 40 Mio. ist die Hälfte aller Erwerbslosen, wären wieder voll beschäftigt gewesen.

Über gibt es noch alles viele, die des Glaubens sind, sie könnten durch Überarbeiten ihre wirtschaftliche Lage verbessern. Hat auch nur einer dieser Überstiegenarbeiter davon gedacht, daß unter diesen Umständen nicht der Unternehmer die Schuld daran trägt, wenn heute noch über 2.000 Arbeiter erwerbslos auf der Straße liegen? Doch er selbst der ist, der durch sein gewerkschaftsfeindliches Verhalten Lan-

sende seiner Mitarbeiter brotlos macht? Dieser Mehrerwerb ist herausgelogen aus der Not seiner arbeitslosen Kollegen. Nicht nur im Bergbau haben wir solch traurige Zustände. Fast in allen Industrien ist das gleiche zu beobachten. Gehen wir uns denn — jede Schicht rächt sich auf Erden! Und sorgen wir alle dafür, daß die Überstiegenstheorie bald ganz aufhöre.

Ehrung der Verbandsjubilare

Zimmer mehr Ortsverwaltungen feiern ihre Mitglieder, die 25 und mehr Jahre dem Verbandsangehören. So fand am 17. Oktober in Würzburg eine gediegene Feier statt, in der der Geschäftsführer Kollege Huber der alten Garde, insbesondere der beiden Gründer der Verwaltungsstelle, der Kollegen Karl Kühnle und Josef Schatz gedachte, die beide 34 Jahre im DGB sind. Den sieben Jubilaren wurde ein Diplom und ein Geschenk der Ortsverwaltung überreicht.

In der überfüllten Stadthalle Barments ehrten die Wuppertaler Metallarbeiter am 31. Oktober die Kollegen, die auf eine ununterbrochene Verbandsmitgliedschaft von 25 und mehr Jahren zurückblicken. Eina 140 Kollegen kamen in Frage. Kollege Robert Dikmann (Stuttgart), der im ersten Jahrgang der Verbandsmitgliedschaft mit an der Spitze der Wuppertaler Metallarbeiterbewegung stand, ehrte in seiner Ansprache die Jubilare. Manche Erlebnisse aus vergangener Zeit wurden wachgerufen. Die mit einem künstlerischen Programm ausgestattete Feier nahm einen recht harmonischen Verlauf, sicher zum Besten des Verbandes.

In Aresfeld, wo die Feier am 31. Oktober vor sich ging, hatte Kollege Weig die angenehme Pflicht übernommen, den alten Kämpfern zu gebeten, und unsere Kölner Bezirksleitung ließ durch den Kollegen Schmidt Glückwünsche überbringen. Nachdem den Jubilaren, nämlich den Kollegen Webers, van Essen, Schrecks, Kammer, Frehr, Groth, Küppers und Braune ein Gedicht überreicht worden war, dankte der letztere im Namen der alten Garde. In Ludwigshafen ist die Ehrung besonders eindrucksvoll gewesen. Der 2000 Menschen fassende Festsaal war überfüllt. Die alte Garde war hier 51 Mann stark. Der Bevollmächtigte gedachte ihrer Verbandsarbeit und ihrer Treue mit Worten des Dankes und der Aufmunterung für die jungen Kollegen.

Schriftenschau

Protokoll der Verhandlungen des 12. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (2. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes), abgehalten in Breslau vom 31. August bis 4. September 1925. 344 Seiten. 1925. Berlin, Verlagsgesellschaft des DGB. Preis geb. in Ganzleinen 6,80 M., brosch. 5,30 M. Das Protokoll enthält neben den stenographisch aufgenommenen Verhandlungen ein Verzeichnis der Kongreßteilnehmer sowie alle dem Kongreß vorgelegten Anträge und Entschlüsse. Das Ergebnis der Kongreßverhandlungen bildet die Richtschnur des weiteren gewerkschaftlichen Wirkens. Jedes Gewerkschaftsmitglied sollte sich deshalb mit den Verhandlungen des Kongresses vertraut machen.

Die Gewerkschaftsbewegung in Belgien. Von C. Mertens. Verlagsabteilung des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Preis 1 M. Zu beziehen durch die Verlagsabteilung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin, Inselstraße 6. Der Internationale Gewerkschaftsbund gibt unter der Bezeichnung „Internationale Gewerkschafts-Bibliothek“ eine Reihe von Schriften heraus, die sich mit der Gewerkschaftsbewegung in den einzelnen Ländern beschäftigen. Das vorliegende Heft I behandelt die Gewerkschaftsbewegung in Belgien und schildert ihre Entstehung und Entwicklung, ihre inneren Einrichtungen und ihren Umfang, ihre Kämpfe und Errungenschaften.

Urania. Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre. Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena. Am 1. Oktober hat der 2. Jahrgang begonnen. Die Urania hat sich in dem einen Jahr ihres Bestehens einen großen Kreis Leser erworben. Das ruft von dem Wert, den die Zeitschrift für Naturgeschichte gerade für den Arbeiter hat. Der Preis des Urania-Abonnements beträgt vierteljährlich für drei reich illustrierte Hefte und eine umfangreiche Buchbeigabe nur 1,80 M. mit broschierter Buchbeigabe und 2,25 M. mit gebundener Buchbeigabe. Bestellungen nimmt jede Buchhandlung entgegen.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart
Mit Sonntag dem 22. Nov. ist der 48. Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. bis 28. November 1925 fällig.

Der Verband nimmt am Schlusse des Jahres wieder eine Verfassungskommission vor. Die seitherige Verfassungskommission hat eine Erweiterung erfahren und sollen z. B. angeleitete Maschinenarbeiter und sonstige Hilfsarbeiter getrennt gewählt werden. Die Zahlung kann nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn die Kartotheken in den Verwaltungen auch tatsächlich den ausgebildeten Beruf der Mitglieder nachweisen.

Zur Richtigkeitstellung der Kartotheken ist notwendig, daß alle Mitglieder, deren jetziger Beruf nicht mit der Berufsausgabe in ihrem Mitgliedsbuch übereinstimmt, der Verwaltungsstelle oder dem Vertrauensmann das Buch zur Richtigkeitstellung vorlegen. Eine Mitteilung ist auf jeden Fall notwendig, wenn als Beruf nur „Metallarbeiter“ im Buch steht. Diese allgemeine Bezeichnung genügt für die Berufszählung nicht.

Gelernte Arbeiter, die lediglich vorübergehend andere Arbeiten ausführen, haben keine Melbung zu erstaten. Arbeitslose geben, sofern in ihrem Buch „Metallarbeiter“ steht, den Beruf an, in dem sie tätig gewesen sind.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:	Wegru der Beitrags-erhöhung			
	I	II	III	IV	
Quirchorn	10	10	—	—	47. Woche

Die Richtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge. Stuttgart, Rotestraße 16. Der Vorstandsvorsitzende.

Zur Beachtung! Suzug ist fernzuhalten:

- von Feilenarbeitern nach Berlin 2;
 - von Metallarbeitern aller Branchen nach Danzig („The International Shipbuilding and Engineering Co. Ltd.“, „Danziger Werk und Eisenbahnwerkstätten A.-G.“) 2;
 - von Deimold (Eipische Metallindustrie) 2;
 - von Tafelgeräteearbeitern nach Gänau (Sa. Neuhwig) 2.
- L = Lohnbewegung; D = Differenzen; S = Streit in Sicht; E = Streit; M = Maßregelung; R = Mißstände; A = Auslieferung. Anträge auf Verhängung von Sverren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Verbandsanzeigen

Bitte. Alle Sendungen an die Verwaltungsstelle Erling sind nur an den Kollegen Robert Fischer zu richten. Die Anschrift an den jetzigen Kassierer Wilh. Müller ist auf jeden Fall zu unterlassen.

Dund und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rotestraße 16